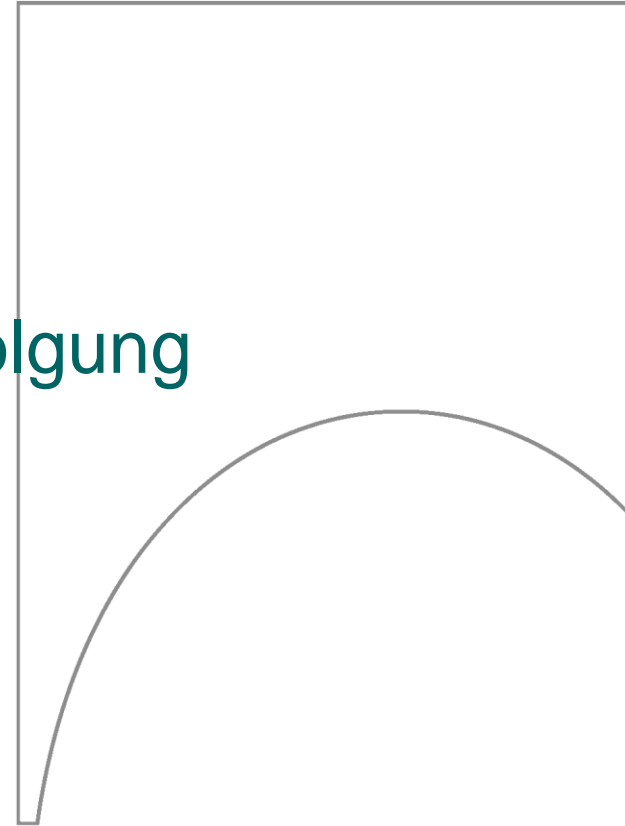


Finanzpolizei

Befugnisse im Dienste der Strafverfolgung



Gesetzliche Grundlagen

- § 12 Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010 (AVOG)
- Erweiterte Befugnisse durch Spezialgesetze (zB § 12 Abs 7 AVOG iVm § 26 Abs 4 AusIBG)
- übertragene Befugnisse durch Finanzstrafbehörde, StA, Gericht

Originäre Aufgaben

- Aufsichts- und Kontrolltätigkeit
- Erhebungstätigkeit
- Sicherungsmaßnahmen (insb zur Beweissicherung)
 - an diesen originären Aufgaben wird sich der Umfang einer Mitwirkung an Strafverfolgungsmaßnahmen orientieren müssen

Abgabenrechtliche Normen

§ 89 Abs 3 EStG

- Einhaltung der versicherungs- und melderechtlichen Bestimmungen des ASVG
- Anzeigepflichten nach Arbeitslosenversicherungsgesetz
- Prüfung der erforderlichen Gewerbeberechtigung

Abgabenrechtliche Normen

Erhebungen gem § 143 und 144 BAO

- Auskünfte
- Nachschau
- Mitwirkungspflicht § 141 BAO

Sanktionen

- Im AVOG nicht geregelt.
- Regelungen in Spezialgesetzen wie zB § 111 BAO, § 28 ff AuslBG, § 52 Abs 1 u. 4 GSpG, § 366 GewO etc

Finanzpolizei im Auftrag der Finanzstrafbehörde

- Vorgangsweise nach dem FinStrG
- Nachschau und Prüfungen (§ 99 Abs 2 FinStrG)
 - Verfolgungshandlung iSd § 14 Abs 3 FinStrG
- Konsequenzen
 - Beschuldigtenstellung
 - Ausschluss der Selbstanzeige
 - Kein strafbefreiender Rücktritt vom Versuch

Finanzpolizei im Auftrag der gerichtlichen Strafverfolgung

- Vorgangsweise nach der StPO
- Auftrag durch
 - Kriminalpolizei
 - Staatsanwaltschaft
 - Gericht
- Sozialbetrug (§ § 153c ff StGB)
- Glücksspiel (§ 168 StGB)
- Kontroll- u Beweissicherungsfunktion
- Anzeigepflicht (§ 78 Abs 1 StPO)

Was darf die Finanzpolizei bei Gefahr im Verzug?

- Beschlagnahme (§ 89 Abs 2 FinStrG)
- Hausdurchsuchung (§ 93 Abs 4 FinStrG)
- Keine Festnahme nach § 85 Abs 2 iVm Abs 3 FinStrG (Ausnahme § 26 Abs 4 AusIBG)

- Betretung (§ 12 Abs 1 AVOG) ist keine Durchsuchung
- Durchsuchung mit Zustimmung immer zulässig

Aufsichts- bzw Kontrolltätigkeit oder Verfolgungshandlung?

- Mitwirkungspflichten bei Kontrolltätigkeit
- Beschuldigtenrechte bei Verfolgungshandlung
(kein Zwang zur Selbstbelastung)
- Verfolgungshandlung schließt Selbstanzeige
aus (§ 29 Abs 3 lit a iVm § 14 Abs 3 FinStrG)
- Deklarierungspflicht zu Beginn der
Amtshandlung

Tätigkeit der Finanzpolizei - Selbstanzeige (§ 29 FinStrG)

- Verfolgungshandlung (§ 29 Abs 3 lit a FinStrG; zB § 99 Abs 2 FinStrG)
- Tatentdeckung (objektive Tatbestandsseite reicht, § 29 Abs 3 lit b FinStrG)
- Finanzbehördliche Nachschau (§ 29 Abs 3 lit c FinStrG)
 - Selbstanzeige spätestens am Beginn der Amtshandlung (Ausweiseleistung durch das Kontrollorgan)

Beweiserlangung

Beweisverwertung

- Beweisverwertungsverbot nur wenn gesetzlich vorgesehen (zB § 98 Abs 4 FinStrG)
- kein generelles Verwertungsverbot bei Verstößen gegen § 89 (Beschlagnahme) oder § 93 (Hausdurchsuchung) FinStrG
- grundsätzlich kein Verwertungsverbot bei unterlassenen Belehrungen

Rechtsschutz

- Beschwerdemöglichkeiten richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, auf deren Basis die Amtshandlung gesetzt wird.
- FinStrG - Beschwerde an das BFG (§ 152 FinStrG)
- StPO – Beschwerde (§ 87ff StPO);
Einspruch (§ 106 StPO)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!